

Freie Demokratische Partei
Ratsfraktion Bergisch Gladbach



EINGEGANGEN

1-10.312
22. Jan. 2002

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus, Postfach 200920
51439 Bergisch Gladbach

Rathaus Zimmer 13
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel. 02202/14 23 14

25. Jan. 2002
No

20. Januar 2002

Sehr geehrte Frau Opladen,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung am 21.03.2002 zu setzen:

Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, eine Veräußerung der städtischen Gesellschafteranteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) vorzubereiten und das Ergebnis dem Rat binnen 4 Monaten zur Entscheidung vorzulegen. Als Grundlage für eine Verkaufsentscheidung sind u.a. Ergebnisse zu folgenden Punkten vorzulegen:

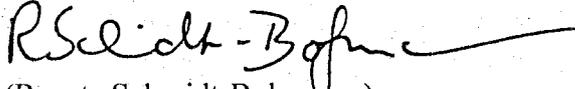
- Ermittlung des objektiven Unternehmenswertes der RBS
- Klärung satzungs- steuer- und kommunalverfassungsrechtlicher Aspekte
- Erstellung eines Sozialkatalogs zugunsten der Mieterinnen und Mieter
- Ermittlung und Beurteilung von Kaufinteressenten

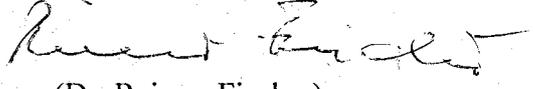
Zur Übernahme der städtischen RSB-Anteile sollten Interessenten gefunden werden, die nachweisen können, daß sie einen sozialen Schutz der Mieter zu Bedingungen, wie sie im Verkaufsvertrag vereinbart werden, dauerhaft gewährleisten.

Die Verwaltung wird befugt, zur Unterstützung ihrer Untersuchung ein Consulting- bzw. Wirtschaftsprüfungsunternehmen beratend einzuschalten. Außerdem sollen, soweit anwendbar und verfügbar, Erfahrungen der Stadt Köln berücksichtigt werden.

Begründung: Die äußerst kritische Haushaltslage der Stadt Bergisch Gladbach erfordert besondere Maßnahmen. Die Verwaltung hat deshalb vorgeschlagen, die Bädergesellschaft zu beleihen und Erlöse für den Verkauf öffentlicher Gebäude, u.a. Schulen, im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back-Verfahrens in den Verwaltungshaushalt zu überführen. Die FDP-Fraktion hält diese Maßnahmen, insbesondere die letztgenannte, für haushaltspolitisch bedenklich. Andererseits ist die städtische Beteiligung an der RSB mit einer Rendite von unter 1%/a extrem unwirtschaftlich und fordert geradezu heraus, sie zu veräußern, den Erlös der Schulsanierung zukommen zu lassen und durch Tilgungsaussetzung und Stornierung neuer Kredite den Verwaltungshaushalt zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen.


(Renate Schmidt-Bolzmann)


(Dr. Reimer Fischer)

Original an
EINGEGANGEN
1-103/II/8
26. Feb. 2002
26. FEB. 2002
JCO



B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
Rathaus Bergisch Gladbach

51465 Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-
gladbach

Öffnungszeiten:
die 9-13 Uhr, do 9-13 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

Bergisch Gladbach 25.02.02

Antrag für die Ratssitzung am 21.03.02

Wir bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 21.03.02 zu setzen.

Antrag

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Anteile der Stadt an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft **nicht** zu verkaufen.

Begründung

Die Stadt Bergisch Gladbach hält zur Zeit 44 % Anteile an der Rheinisch –Bergischen Siedlungsgesellschaft.

Dies ist auch gut so! Wie auf dem Gelände der Herman Löns Kaserne zusehen ist, ist die Gesellschaft in der Lage nicht nur Wohnungen für sozial Schwache zu bauen, sondern auch für Menschen mit geringerem und mittlerem Einkommen und darüber hinaus ökologische und energiesparende Faktoren zu berücksichtigen. Dies ist sinnvoll und wichtig. Gerade in Zeiten prekärer Haushaltslage braucht man eine Gesellschaft, die sich nicht nur dem sozialem Wohnungsbau sondern auch dem Bau von Wohnungen für mittlere Einkünfte verpflichtet fühlt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft in den letzten Jahren gezeigt, dass Sie ökonomisch und effektiv arbeitet.

Deshalb stellen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN den Gegenantrag zum Antrag der FDP Verkauf der Anteile an der RBS.

Mit freundlichen Grüßen

